



17.3971

**Motion UREK-NR.
Strommarkt 2.0.
Strommarktliberalisierung,
zweiter Schritt**

**Motion CEATE-CN.
Marché de l'électricité 2.0.
Deuxième étape de la libéralisation
du marché de l'électricité**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 08.03.18

Antrag der Kommission
Annahme der Motion

Antrag der Minderheit
(Nordmann, Badran Jacqueline, Jans, Thorens Goumaz)
Ablehnung der Motion

Proposition de la majorité
Adopter la motion

Proposition de la minorité
(Nordmann, Badran Jacqueline, Jans, Thorens Goumaz)
Rejeter la motion

Wasserfallen Christian (RL, BE), für die Kommission: Wir haben ein Geschäft vor uns, das eine längere Vorgeschichte hat. Diese Geschichte möchte ich kurz erläutern. 2002 haben wir, einige mögen sich noch erinnern, über eine Revision des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) abgestimmt. Die EMG-Revision wurde von der Bevölkerung abgelehnt. Dort ging es auch darum, den Strommarkt zu liberalisieren. Fünf Jahre später, 2007, wurde das neue Stromversorgungsgesetz bearbeitet, das 2009 in Kraft getreten ist. Dieses Stromversorgungsgesetz von 2007 beinhaltete, dass alle Grosskunden mit einem Jahresverbrauch ab 100 Megawattstunden die Elektrizität im freien Markt beschaffen können. Das ist heute der Status quo.

Ursprünglich war ja geplant, dass man innerhalb von fünf Jahren – diese Frist ist jetzt definitiv abgelaufen – beim Strommarkt auch die zweite Öffnungsetappe hätte machen können. Aus diesem Grund hat der Bundesrat 2014 auch eine Vernehmlassung zum zweiten Marktöffnungsschritt gemacht. Diese Vernehmlassungsvorlage wurde sehr heterogen beurteilt. Das Resultat war, dass es 140 Eingaben gab. 100 waren grundsätzlich positiv, zum Teil aber mit Auflagen versehen. Es gab 37 negative Antworten. Der Bundesrat hat deshalb das Ganze auf Eis gelegt.

Das Umfeld im Strommarkt ist bekanntlich schwierig. Die ausländischen Preisdiktate in die Schweiz hinein sind vorhanden und werden in der Zukunft nicht kleiner. Zum Umfeld des Strommarkts gehört auch das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050, das jetzt umgesetzt wird. Der Strommarkt ist nicht nur eine inländische Angelegenheit. Es besteht auch ein Zusammenhang mit dem Stromhandelsabkommen mit der Europäischen Union. Dort ist es klar die Grundvoraussetzung, dass der Schweizer Strommarkt vollständig liberalisiert und geöffnet werden muss, damit wir überhaupt bei einem solchen Stromhandelsabkommen mitmachen können.

Das ist ein Grund für diese Motion und dafür, dass diese Thematik des offenen Strommarkts jetzt vor allem eine inländische Thematik geworden ist. Wenn wir einen Fortschritt erzielen wollen und auch unseren Strommarkt





öffnen wollen, dann müssen wir das zuerst in der Schweiz diskutieren, nicht unbedingt mit dem Ausland.

Die Argumentationen in der Kommission ergaben folgendes Bild – die Minderheit der Kommission wird ihren Standpunkt separat begründen, hier einfach ein paar Stichworte -: Die Minderheit argumentiert, der heutige Zustand im geschützten Rahmen, wie er sich mit dem nicht vollständig liberalisierten Strommarkt ergibt, sei ausreichend. Es sei auch ein Risiko, dass gebietsfremde Versorger dann in Gebieten versorgen müssten, wo sie gar keine Netzinfrastruktur hätten. Schliesslich wurde von der Minderheit auch argumentiert, dass die zweite Öffnung des Strommarkts keinen Mehrwert ergebe. Das sind die grundlegenden Argumente, welche von der Minderheit vorgebracht wurden.

Die Mehrheit sieht die Strombranche generell im Umbruch. Wir haben – und das ist ein Problem, das wir zigfach in der UREK bemerkt haben – immer mehr Probleme aufgrund des asymmetrischen Marktes. Es gibt Verwerfungen. Auf der einen Seite stehen die Konsumenten, die natürlich völlig unterschiedliche Möglichkeiten haben, sich im Strommarkt überhaupt zu bewegen, was einen grossen Einfluss auf den Preis hat. Auf der anderen Seite stehen die Produzenten und die Netzversorger, welche je nachdem in Extremfällen 100 Prozent oder 0 Prozent gebundene oder eben entsprechend freie Endkunden haben. Zusammengefasst: Im Strombereich haben wir heute einen Flickenteppich. Es gleicht ebenso einem Flickenteppich, wenn wir versuchen, diese Asymmetrien, die in dieser Branche vorherrschen, wieder auszugleichen.

Es wurde auch ersichtlich, dass Anfang 2018 die Stiftung für Konsumentenschutz und der Schweizerische Gewerbeverband gemeinsam aufgetreten sind, um für Konsumentinnen und Konsumenten, namentlich Privatkonsumentinnen und Privatkonsumenten, aber auch die KMU im Strommarkt endlich gleich lange Spiesse zu schaffen. Dies soll geschehen, damit sich diese Leute und Firmen auch im Strommarkt bewegen können.

Die Verwerfungen sind dramatisch. Ich habe mir die Mühe genommen, einmal die Extrembeispiele beim heutigen Strommarkt anzusehen. Ein Durchschnittshaushalt von 4500 Kilowattstunden zahlt im Schnitt rund 920 Franken. Es gibt aber Extrembeispiele. Ich nehme den Kanton Graubünden: In der Gemeinde Vals zahlt man für diese Menge Strom 694 Franken. In der Nachbargemeinde Lumnezia bezahlt man 1200 Franken, das ist fast das Doppelte. Also all jene, die sich wirklich um Konsumentinnen und Konsumenten kümmern und auch sehen, dass in diesem Markt wahrscheinlich auch in Zukunft nicht alles zum Besten bestellt sein wird, nehmen die Motion an. Wenn Leute faktisch den doppelten Preis für das gleiche Produkt zahlen, muss man auf die Idee kommen, hier den zweiten Marktöffnungsschritt voranzutreiben.

Wenn man die Zahlen anschaut, dann stellt man fest, dass es in der Schweiz mit 26 Kantonen über 600 verschiedene Energieversorger und Verteilnetzbetreiber gibt – über 600 Stück.

AB 2018 N 305 / BO 2018 N 305

Das heisst, es gibt Energieversorger und Verteilnetzbetreiber, die vielleicht für eine kleine Gemeinde, für ein kleines Tal zuständig und dann völlig abgekoppelt vom Rest sind. Das muss Ihnen auch zu denken geben. Ich denke, die Produktivität der Branche kann hier durchaus verbessert werden.

Eines ist klar: Diese Asymmetrie und diese Unproduktivität der Branche in diesem Bereich zahlen die gebundenen Konsumentinnen und Konsumenten, also auf der einen Seite Sie und ich als Privatkonsumenten und auf der anderen Seite die KMU. Das ist die einzige Konstante, die wir hier vor uns haben. Wenn wir für Konsumentinnen und Konsumenten, aber auch für die Produzenten einen Schritt weiter gehen wollen, dann müssen wir endlich diese gleich langen Spiesse schaffen.

Ich möchte noch einen anderen Zusammenhang, der in der Kommission auch erwähnt wurde, ins Zentrum stellen. Wenn wir bei der Energiestrategie 2050 zum Beispiel Eigenversorgungsgebiete ausgeschieden oder Eigenverbrauchsregelungen gemacht haben, dann ist es eben heute nicht möglich, diese sinnvoll zu gruppieren und kostenseitig solid aufzustellen, sodass sie attraktive Angebote machen können. Wenn im Markt die Netzzugänge, die Zugänge zu den Zählern usw. nicht endlich diskriminierungsfrei stattfinden können, kann man noch lange darüber diskutieren, ob sich dann eine Gemeinde A oder ein Quartier B zu Eigenverbrauchsgemeinschaften zusammenschliessen sollen oder nicht. Einerseits haben sie nicht den Zugang zur Netzinfrastruktur, und andererseits hat man dann auch das Problem des Preises, dass nämlich jeder Netzzanschluss separat verrechnet wird, ohne dass man entsprechend die Preissignale richtig setzen kann.

All jene, die sich aufgrund der Stärkung des Eigenverbrauchs durch die Energiestrategie auch in diese Rolle versetzen, müssen sich die Frage stellen: Können diese Produzentinnen und Produzenten von erneuerbaren Energien in einem nichtliberalisierten Markt überhaupt existieren? Die Antwort ist heutzutage, mit dem Preissignal, ganz klar: nein.

Deshalb ist auch der Bundesrat der Auffassung, dass diese Motion anzunehmen ist, weil er ja nicht zuletzt 2014 die Vernehmlassung dieses Geschäftes angestossen, aber auf Eis gelegt hat. Die Motion ist ein Wiederbelebungsversuch für diesen zweiten Öffnungsschritt, der dringend notwendig ist. Der Bundesrat, wurde mir



gesagt, soll Ende 2018 diese Revision des Stromversorgungsgesetzes (StromVG), die wirklich dringlich ist, neu vorlegen.

Aus diesem Grund ist eine deutliche Kommissionsmehrheit der Auffassung, dass die zweite Etappe der Strommarktöffnung eine klare Chance für die Konsumentinnen und Konsumenten auf der einen Seite und auch für die Produzenten auf der anderen Seite ist, die ja vielleicht mit neuen, innovativen Produkten überzeugen wollen.

Deshalb bitten wir Sie, diese Motion anzunehmen.

Page Pierre-André (V, FR), pour la commission: Je ne peux pas vous dire exactement d'où vient le courant, mais ce que je sais, c'est que mon intervention va vous éclairer et vous inciter, à l'instar de la majorité de la commission, à soutenir cette motion. Le dépôt de cette motion, qui vise à mettre en oeuvre la deuxième étape de la libéralisation du marché de l'électricité, a été décidé par 15 voix contre 4 et 3 abstentions au sein de la commission.

Ce n'est pas peu dire que le domaine de l'électricité est en pleine mutation: le marché est asymétrique et cette distorsion engendre de nombreuses perturbations. Aujourd'hui, l'ouverture des marchés est déjà un fait pour une certaine catégorie de clients, ceux dont la consommation est supérieure à 100 000 kilowattheures par année. Les grands groupes actifs dans le domaine de l'électricité qui n'ont pas de clients captifs sont déjà soumis à la concurrence directe du marché. Par contre, les entreprises électriques qui ont des clients captifs peuvent encore leur facturer l'électricité au prix coûtant de production.

En Suisse, nous comptons actuellement plus de 600 fournisseurs et opérateurs de réseaux. Permettez-moi un exemple. En moyenne, en 2018, un ménage qui consomme 4500 kilowattheures par an paie environ 918 francs. Mais, selon la commune et le fournisseur, les factures peuvent passer du simple au double, comme le montre l'exemple que vous a donné Monsieur Wasserfallen. Ainsi, dans le canton des Grisons, une consommation de 4500 kilowattheures coûtera 694 francs à Vals mais 1197 francs à Lumnezia. Ces grandes différences ne doivent plus exister.

La deuxième étape de la libéralisation du marché de l'électricité proposée permettra d'accroître la concurrence et, ainsi, offrir les mêmes chances à tous les consommateurs. L'ouverture du marché de l'électricité permettra une bonne transparence, d'éviter les distorsions et d'accroître l'efficacité. Cette ouverture est-elle alors une menace sur l'approvisionnement de notre pays en électricité? Que non! L'administration nous a informés que, malgré des scénarios extrêmes, la Suisse ne risque aucune pénurie jusqu'en 2025. Il faudrait, à partir de 2030, un élément extrême pour que, soudain, notre pays connaisse quelques difficultés. Mais, d'ici là, beaucoup d'éléments auront évolué, et des mesures pourraient être évaluées à ce moment-là.

La sécurité de l'approvisionnement est liée aux capacités d'échange. Avec ces échanges, le consommateur aura, au final, davantage de flexibilité pour choisir et, pourquoi pas, adapter sa consommation.

Il est à relever enfin que cette libéralisation permettra de créer des tarifs et des conditions-cadres pour des communautés de consommateurs et d'introduire ainsi des produits attractifs.

Avec ces considérations, la commission vous propose, à l'instar du Conseil fédéral, d'adopter cette motion et de faire un pas de plus vers la libéralisation du marché de l'électricité.

Brélaz Daniel (G, VD): Monsieur Page, vous avez dit qu'il y avait de très grandes différences de prix dans les tarifs des 600 compagnies d'électricité suisses, ce qui est vrai. Mais est-ce que vous savez que ces différences de prix sont essentiellement dues aux coûts du réseau et non pas aux coûts de production, sauf dans quelques communes particulièrement subventionnées? Est-ce que l'UDC propose que, pour avoir un tarif unique, on fusionne ces 600 compagnies d'électricité?

Page Pierre-André (V, FR), pour la commission: C'est une politique d'avenir; l'avenir nous dira quelle direction il faudra prendre en matière de sécurité énergétique.

Nordmann Roger (S, VD): La motion que nous examinons exige une libéralisation totale et immédiate, sans condition, du marché de l'électricité. Son objectif consiste prétendument à égaliser les prix entre les petits et les grands consommateurs. Cet objectif ne sera pas atteint. Les vendeurs payeront certes moins aux producteurs, mais toute une petite coterie y gagnera au passage: publicité, démarchage, gestion informatique, litige, autrement dit des dépenses improductives. Au final, les prix payés par les petits consommateurs ne seront pas moins élevés, mais moins d'argent ira aux exploitants des barrages hydroélectriques. Zu Deutsch: Am Ende werden die Kleinkunden keinen Rappen sparen. Die Wasserkraftwerke werden zwar weniger Geld erhalten, aber das Geld wird nicht bei den Konsumenten bleiben, sondern einen grossen Vermarktungsapparat ernähren.



Cela revient à introduire dans le marché de l'électricité le système de concurrence de l'assurance-maladie. Le voulons-nous vraiment? Le problème actuel, c'est que les gros consommateurs, en payant 4 centimes par kilowattheure, ne payent pas le coût réel de l'énergie électrique qui est, pour des installations plus ou moins amorties, d'environ 7 centimes par kilowattheure. Seuls les petits consommateurs payent un prix qui reflète le coût de l'électricité. Il s'agit d'un échec de marché, "Marktversagen" en allemand.

Sur le marché de gros, le prix reflète les coûts marginaux de la production d'électricité mais pas les coûts totaux. Tous les économistes vous expliqueront que c'est la conséquence de l'utilisation d'une technologie qui exige de très gros investissements initiaux, en jargon des "sunk costs", et dont les coûts de fonctionnement sont ensuite bas. Or vous savez bien qu'aucun système économique ne peut survivre dans la durée sans couvrir ses coûts totaux.

AB 2018 N 306 / BO 2018 N 306

Pour l'instant, en Suisse, nous avons la chance de ne pas avoir complètement libéralisé le marché de l'électricité. Ainsi, seules les entreprises sans clients finaux sont dans des situations très difficiles. Si nous libérons à la hussarde, selon cette motion, l'entier de la branche de l'électricité se retrouvera confrontée aux mêmes difficultés que celles qui touchent Axpo et Alpiq aujourd'hui, et plus personne ne pourra investir.

Ohne seriöse Leitplanken sehe ich beim Ergebnis dieser Hauruck-Liberalisierung schwarz. Statt dass Investitionen in inländische erneuerbare Energien ausgelöst werden, werden wir von Kohlestrom überschwemmt.

J'entends les voix qui me disent que le marché de l'électricité dysfonctionne parce que l'Etat est intervenu, et que, si l'Etat s'abstenait de faire ces interventions – qui constitueraient des péchés, ou "Sünden" en allemand –, tout irait bien. Mais c'est une légende! Sans régulation étatique, le domaine de l'électricité est un monopole naturel aux mains de celui qui possède le réseau, et il faut une monstrueuse régulation pour essayer d'en faire un marché. D'ailleurs, en Europe, où le marché est libéralisé, il existe des dizaines de régimes d'aides publiques pour corriger les dysfonctionnements du marché. Sinon, c'est la sécurité d'approvisionnement qui est compromise. En libéralisant le marché de l'électricité, l'aventure se finirait comme celle de la libéralisation du rail au Royaume-Uni. Cette théorie du péché originel – "Ursünde" – est très intéressante à discuter en théologie, mais elle ne nous aide guère en matière économique ni sur le plan de la physique.

Cette motion ne mérite qu'un sec rejet. Je vous invite à voter selon votre conviction et pas selon la théorie idéologique, afin d'éviter les erreurs de 2002. Car le rejet de la libéralisation totale de 2002 est aussi le fait, notamment, de la base de l'Union démocratique du centre, qui n'a pas cru un seul instant à ces marchands d'illusions prêchant l'avenir radieux sous le régime du marché.

Le rejet de la libéralisation complète non accompagnée ne signifie pas qu'il ne faille pas chercher un accord sur l'électricité avec l'Europe pour améliorer la sécurité de l'approvisionnement et valoriser les capacités de nos barrages. Un tel accord imposerait certes une libéralisation, mais n'empêcherait absolument pas de prévoir des correctifs costauds pour protéger l'hydroélectricité, pour soutenir les énergies renouvelables et pour empêcher les coupures de courant. Ces correctifs sont même nécessaires. En établissant un cadre solide pour accompagner l'accord, une solution acceptable serait possible.

C'est à cela qu'il faut s'atteler, et la première chose à faire consiste à enterrer ce projet simpliste de libéralisation à la hussarde.

Wenn Sie dieses Vorhaben nicht hier in vernünftige Bahnen lenken, wird es das Volk an Ihrer Stelle tun, wie zum Beispiel die Bürgerinnen und Bürger von Windisch im Kanton Aargau, die soeben die Auslagerung ihres Elektrizitätswerkes mit 58 Prozent Neinstimmen abgelehnt haben. Oder ich denke an diejenigen von Köllikon, ebenfalls Kanton Aargau, die die Privatisierung des Elektrizitätswerkes mit 66 Prozent abgelehnt haben. Diese Abstimmungsergebnisse sind nicht sechzehn Jahre alt, sie sind vier Tage alt. Sie sind am letzten Wochenende zustande gekommen. Und diese Aargauer Gemeinden haben den Ruf, nahe am schweizerischen Mittelwert abzustimmen.

Also, ersparen Sie sich diese zum Entgleisen verdamnte Hauruck-Übung, indem Sie die Motion ablehnen.

Genecand Benoît (RL, GE): Monsieur Nordmann, je comprends qu'on doive peindre les choses en noir et blanc ici, pour essayer d'obtenir un assentiment.

J'ai néanmoins une question concernant le bénéfice pour l'énergie hydraulique. Dans le système actuel, avec une distribution des clients auprès des acteurs locaux, on se rend compte que même les offres qui sont faites soi-disant pour défendre l'énergie hydraulique ne profitent pas systématiquement aux producteurs. Une grande partie est captée par les services industriels des différents cantons. Est-ce que la libéralisation ne serait pas une méthode pour permettre à de vrais acteurs qui veulent défendre la production d'offrir de vrais produits aux consommateurs, qui soient des produits honnêtes pour lesquels on sait que quand on paie 9 centimes



pour l'énergie fournie, ces 9 centimes, après quelques déductions, sont vraiment versés aux producteurs et ne restent pas dans la "poche" des cantons?

Nordmann Roger (S, VD): Absolument pas, Monsieur Genecand. L'effet serait que les distributeurs qui achètent cette énergie l'achèteraient au prix de gros européen – 4 centimes le kilowattheure – et continueraient à le facturer à un prix plus élevé, ceci tout en enrichissant, par exemple, les publicitaires. Pour résoudre le problème que vous évoquez, nous avons adopté dans la stratégie Réseaux électriques un compromis qui permet d'y remédier provisoirement, pour quatre ans, en faisant précisément affluer l'argent des consommateurs directement vers les exploitants de barrages hydroélectriques, pour les entreprises de distribution qui le veulent. Ce système devrait d'ailleurs être développé et devenir obligatoire; ce serait cela la solution.

Imark Christian (V, SO): Niemand hat gesagt, dass eine Liberalisierung nicht auch begleitet werden muss. Ihre eigenen Leute in Ihrer Fraktion sind unter gewissen Bedingungen bereit, auf eine Liberalisierung einzugehen. Sie sprechen von der bedingungslosen Liberalisierung. Niemand hier drin spricht davon.

Nordmann Roger (S, VD): Entschuldigung, aber ich lese Ihnen den Wortlaut der Motion vor:
"Le Conseil fédéral est chargé de soumettre à l'Assemblée fédérale un projet de révision de la loi sur l'approvisionnement en électricité afin que la deuxième étape de la libéralisation du marché de l'électricité puisse être mise en oeuvre."

Es wird nicht von Leitplanken gesprochen, es wird nicht von einem Abkommen mit der EU, es wird nicht von Investitionen in die erneuerbaren Energien und es wird nicht vom Schutz vor dem Ausverkauf des Volksvermögens gesprochen. All das steht nicht in der Motion. Diese Motion ist leider eine neoliberale extremistische Motion. Das ist trotz der gegenteiligen Beteuerung von Herrn Wasserfallen neben mir so.

Girod Bastien (G, ZH): Ich muss hier doch nachhaken: Immerhin schliesst die Motion solche flankierenden Massnahmen nicht aus. Nehmen wir an, der Bundesrat kommt mit einer Liberalisierungsvorlage. Wird sich die SP dafür einsetzen, dass flankierende Massnahmen ergriffen werden, damit wir auch die Perspektive haben, möglicherweise mit der EU ein Abkommen zu finden?

Nordmann Roger (S, VD): Wir haben diese Position sogar an der Delegiertenversammlung von Altdorf vor zwei Wochen diskutiert. Wir haben gesagt, dass über eine solche Liberalisierung erst diskutiert werden kann, wenn ein Stromabkommen mit der EU kommt, wenn flankierende Massnahmen zur Stärkung der erneuerbaren Energien und der Wasserkraft beschlossen sind und wenn es einen Schutz vor der Privatisierung des Volksvermögens gibt. Wir sind also gesprächsbereit, aber nicht im Zusammenhang mit einer solchen Hauruck-Übung, wie sie hier von der Mehrheit mit ideologischen Scheuklappen vorgeschlagen worden ist.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Wir danken der UREK Ihres Rates für diese Motion, denn sie unterstützt die Bestrebungen des Bundesrates – die ja eben schon fast fünfzehn Jahre alt sind, bis hin zum EMG –, dass man den Markt ganz öffnet. Es ist eine Tatsache, dass wir im Inland bei den Strompreisen von Gemeinde zu Gemeinde grosse Differenzen haben. Das ist nicht immer erklärbar. Ja, das Stromnetz ist ein natürliches Monopol, doch um das geht es ja gar nicht, es bleibt ein Monopol.

Aber wir haben auch bei den Strombeschaffungskosten – das macht in der Regel doch bis zur Hälfte des Endkundenpreises aus – unter den Gemeinden Differenzen von rund 7 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist viel. Die Beispiele der

AB 2018 N 307 / BO 2018 N 307

Kommissionssprecher sind eine Tatsache: Wir haben hier für eine Familie mit zwei Kindern in einer Viereinhalbzimmerwohnung doch beträchtliche Differenzen von Gemeinde zu Gemeinde. Die vom höheren Preis betroffene Familie kann nichts tun, sie hat keine Wahl, sie muss diese Differenz akzeptieren, obwohl 10 Kilometer daneben eine günstigere Situation besteht. Das ist schwierig zu erklären.

Wir sind deshalb überzeugt, dass man hier, indem man den Konsumenten und den KMU eine Wahl ermöglicht, mehr Wettbewerb in diesen Bereich hineinbringt. Es wurde gesagt, 600 Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind viel für diesen beschränkten Markt. Wir sind der Meinung – das haben wir schon bei der Energiestrategie 2050 gesagt -: Die volle Marktöffnung bringt auch Produktinnovationen, sie bringt flexiblere Energietarife. Hier können die Elektrizitätsversorgungsunternehmen neue Geschäftsmodelle entwickeln, sodass der Kunde wählen kann.

Wir orientieren uns hierbei nicht an einem Modell, bei dem der Anbieter von Monat zu Monat gewechselt werden kann. Die Vorstellung des Bundesrates entspricht vielmehr dem, was wir schon bei den Krankenkassen



kennen, nämlich dass man einmal im Jahr den Anbieter wechseln kann und dass man, wenn man will, andere Produkte wählen oder eben sogar den Anbieter wechseln kann. Das ist also auch weniger bürokratisch als das heutige System, es ist relativ einfach, und der Konsument und das KMU sollen frei entscheiden können. Das ist konsumentenfreundlich, davon sind wir überzeugt, auch aufgrund der Erfahrungen aus dem Krankenkassenbereich, aufgrund der Erfahrungen, dass nicht die halbe Bevölkerung die Anbieter wechseln wird. Aber es ist in einem freien Land ein Wahlmodell, das nicht nur der grossen Wirtschaft zur Verfügung stehen soll, sondern auch den KMU und eben auch den Haushalten.

Selbstverständlich wird – das haben wir im Bundesrat immer gesagt – die vollständige Marktöffnung durch flankierende Massnahmen begleitet werden. Man muss das auch selbstverständlich mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen gut absprechen. Da sind wir dran, und das wird dann selbstverständlich auch in die Vorlage einfliessen, die wir Ihnen präsentieren werden. Das ist in der Schweiz immer so, dass man nicht einfach Veränderungen ohne flankierende Massnahmen vornehmen kann.

Insofern bitte ich Sie auch, diese Motion anzunehmen.

Le président (de Buman Dominique, président): La majorité de la commission et le Conseil fédéral vous proposent d'adopter la motion. Une minorité Nordmann propose de la rejeter.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 17.3971/16664)

Für Annahme der Motion ... 130 Stimmen

Dagegen ... 44 Stimmen

(8 Enthaltungen)